

Parlamentarischer Vorstoss

2024/358

| | |
|-----------------------|----------------------------------------|
| Geschäftstyp: | Postulat |
| Titel: | Ausbau der Solarenergie steuern |
| Urheber/in: | Christine Frey |
| Zuständig: | — |
| Mitunterzeichnet von: | Degen |
| Eingereicht am: | 30. Mai 2024 |
| Dringlichkeit: | — |

McKinsey hat in einer vielbeachteten Studie [«Zukunftspfad Energieversorgung»](#) die deutsche Energiewende analysiert und kommt dabei zu folgendem Schluss: Der Ausbau von Solarenergie in Deutschland bis 2035 sollte um 53 Prozent niedriger ausfallen als geplant. Der Grund: PV-Anlagen erfordern starke Stromnetze und treiben so die Kosten für den Netzausbau in die Höhe. Die Kosten für die Energiewende könnten um Dutzende Milliarden Euro steigen, warnen die Unternehmensberater.

Hohe Stromnetzkosten sind eine Belastung für die Verbraucher. Denn sie machen den Strom teurer – und senken so die Akzeptanz für erneuerbare Energien, Elektroautos und strombetriebene Wärmepumpen. Entsprechend sagte auch der Chef des Stromnetzbetreibers Eon, Leonhard Birnbaum, kürzlich: «Die Bundesregierung sollte sich die Frage stellen, ob der Ausbau der Erneuerbaren regional gesteuert werden muss.» Die Kosten für die Stromnetze werden auf die Stromkunden umgelegt. Der Preis, den Kunden für Strom bezahlen, steigt dadurch. Laut McKinsey werden in Deutschland ohne politische Korrekturmassnahmen allein die Netzentgelte von neun Cent pro Kilowattstunde im Jahr 2022 auf 21 bis 23 Cent im Jahr 2035 steigen.

Die Zahlen sind aus Deutschland, aber die Mechanismen sind bei uns die gleichen. Immer mehr installierte Leistung löst offenkundig das Problem nicht, weil der Strom sehr unregelmässig anfällt. Installieren wir also immer mehr «Sonnenstrom», müssen die Netze massiv ausgebaut werden, um mit den riesigen Strommengen an guten Sonnentagen umgehen zu können. Weil der mit Sonne produzierte Strom nicht im grossen Stil gespeichert werden kann, bleiben die Dunkelflauten an Tagen, an denen die Sonne nicht scheint. Die Abhängigkeit von Backupsystemen (Import, Gas) nimmt also trotz Zubau von Leistung genau nicht ab. Das ganze «System» wird einfach teurer.

Der Regierungsrat wird gebeten, die Einführung eines Steuerungsinstrumentariums zu prüfen für den Ausbau der Fotovoltaik-Stromgewinnung, welches auf das Bremsen der Kosten für den Netzausbau abzielt. Dies gelingt, wenn die Energieversorger Anreize haben, stärker auf die Nutzung und Optimierung bestehender Netz-Infrastruktur zu setzen.
